



Comité pour une
paix juste au
Proche-Orient,
asbl - 136-138, rue
Adolphe Fischer,
L-1521
Luxembourg
Tél. +352 4 004 2764
-
Email : contact@paixjuste.lu - Site web :
www.paixjuste.lu

LW_
CI-

Auf dem so dringend notwendigen Weg zu einem gerechten Frieden für alle Menschen im Nahen Osten bleibe die Frage der Flüchtlinge von zentraler Bedeutung, steht für den Autor fest. Foto: AP

Grégoire_Die UNWRA und die Hoffnung auf Frieden

Analyse und Meinung

Seit Jahren führe Israel eine Kampagne gegen die UNWRA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten, so der Autor.

Auf dem so dringend notwendigen Weg zu einem gerechten Frieden für alle Menschen im Nahen Osten bleibe die Frage der Flüchtlinge von zentraler Bedeutung, steht für den Autor fest. Foto: AP

Claude Grégoire

<https://www.wort.lu/international/die-unwra-und-die-hoffnung-auf-frieden/2672681.html>
10.09.2023

Dieses Jahr fiel Jom haAtzma'ut auf den 26. April. Ein Nationalfeiertag, an dem Israel der Unabhängigkeitserklärung aus dem Jahr 1948 gedenkt. Kurz danach, am 15. Mai, gedachten die Vereinten Nationen zum ersten Mal der Vertreibung von 750.000 Palästinensern aus ihrer Heimat, welche Hand in Hand mit der Staatsgründung Israels einherging. Die UN-Generalversammlung hatte diesen „Nakba-Tag“, als Gedenktag an die palästinensische Katastrophe, gegen den Willen Israels und seiner Unterstützer (unter anderem die USA und Deutschland) beschlossen. In Israel jedoch, seit einem Gesetz von 2011, werden Vereine, welche eine Gedenkfeier der „Nakba“, dem Tag der Katastrophe, abhalten oder unterstützen, bestraft. Den Palästinensern in Israel wird das Recht auf Erinnerung nicht zugestanden.

Den Palästinensern in Israel wird das Recht auf Erinnerung nicht zugestanden.

Vor fast 76 Jahren, am 29. November 1947, verabschiedete die UN-Generalversammlung die berühmte Teilungsresolution 181. Darin verlautete es: „Zwei Monate nach Abschluss des Abzugs der Streitkräfte der Mandatsmacht (England), in jedem Fall spätestens am 1. Oktober 1948, entstehen in Palästina ein unabhängiger arabischer Staat und ein unabhängiger jüdischer Staat sowie das in Teil III dieses Plans vorgesehene internationale Sonderregime für die Stadt Jerusalem.“ Doch die Menschen vor Ort hatte man nicht um ihre Meinung befragt. In Palästina lebten damals etwa

1.900.000 Menschen: Etwa zwei Drittel davon waren muslimische, christliche und drusische Palästinenser und knapp ein Drittel waren Juden, die überwiegend in den 50 Jahren zuvor nach Palästina eingewandert waren.

Im Zuge der Staatsgründung Israels verloren mehr als 80 Prozent der einheimischen palästinensischen Bevölkerung ihre Heimat und wurden zu Flüchtlingen. Die Menschen verließen nicht freiwillig ihre Häuser und Dörfer, sie wichen vor Gewalt, militärischer Drohung und zahlreichen Massakern an Zivilisten, wie zum Beispiel im Dorf Deir Jassin, neben dessen Ruinen später die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem errichtet wurde. Unter Historikern ist es inzwischen unumstritten, dass die jüdisch-zionistischen Milizen mit Waffengewalt vorgingen, um die große Mehrheit der nicht-jüdischen einheimischen Bevölkerung aus ihrer Heimat zu vertreiben. Militärische Befehle und Zitate lassen heute kaum Zweifel daran, dass dieses Vorgehen einem Plan entsprach (1). Die Strategie der „Judaisierung“ und „Entpalästinisierung“ hält auf eine andere Art bis heute an.

Das Schicksal der „anwesenden Abwesenden“

Der junge jüdische Staat eignete sich so riesige Landstriche an, sowie Tausende von Eigentümern in mehr als 500 Ortschaften, welche ihrer Bevölkerung entleert und oft dem Erdboden gleichgemacht worden waren. Immobilien, 300.000 Hektar Kulturland, Betriebe und Bankguthaben wurden beschlagnahmt und in jüdischen Besitz überführt. Um diese Enteignungen zu „legalisieren“, wurde im März 1950 eine Verordnung über das Eigentum „Abwesender“ verabschiedet. Selbst Binnenflüchtlingen wird bis heute das Recht auf Rückkehr in ihre ursprünglichen, zerstörten Heimatdörfer oder auf Entschädigung abgesprochen, sogar dann, wenn sie ein Eigentumszertifikat vorweisen. Eigens für sie erfand man den Begriff „*present absentee*“, auf gut Deutsch „anwesender Abwesender“.

Unter dem Eindruck der gewaltigen Flüchtlingsströme verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 11. Dezember 1948 die Resolution 194, die sogenannte Rückkehr-Resolution: Jeder Flüchtling hat das Recht auf freie Entscheidung, ob er zu seiner Wohnstätte zurückkehren möchte und/oder sein Recht auf Entschädigung in Anspruch nimmt. Israel verhindert bis heute eine Umsetzung dieser Resolution. Juden aus der ganzen Welt dürfen immigrieren und bekommen im Nu die israelische Staatszugehörigkeit. Doch Palästinensern, die über Generationen auf diesem Land gelebt haben, wird dieses Recht seit 76 Jahren vorenthalten.

Angesichts der Hunderttausenden von palästinensischen Flüchtlingen wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1949 die UNWRA ins Leben gerufen. Aufgabe der humanitären Hilfsorganisation ist es, die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge zu befriedigen, wie etwa Nahrung und Unterbringung, Bildungs- und Gesundheitsversorgung. Als die UNWRA ihre Arbeit im Mai 1950 aufnahm, registrierte sie 914.221 Flüchtlinge. Sie betreut inzwischen 59 dicht besiedelte Flüchtlingslager, 666 Schulen und 128 Gesundheitseinrichtungen im besetzten Palästina sowie in drei umliegenden Staaten - Libanon, Syrien und Jordanien. Ihr Mandat wird alle drei Jahre durch ein Votum der UN-Generalversammlung verlängert.

Doch steht das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge seit Jahren unter Beschuss Israels und seiner Lobbyisten sowie der USA. Dazu gehören Verleumdungen und Ad-hominem-Angriffe gegen hohe Vertreter der UNWRA und der UNO, besonders dann, wenn diese Israels Vorgehen kritisieren (2). Vorwürfe die einer ernsthaften Untersuchung nicht standhalten, auch wenn einzelne Managementprobleme innerhalb einer UN-Organisation, die heute für 5,5 Millionen Menschen zuständig ist und 30.000 Mitarbeiter beschäftigt, nicht gänzlich zu vermeiden sind. Unter Präsident Donald Trump hatten die USA jegliche Finanzierung gestoppt. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu fordert gar deren Auflösung. Die Kampagne zur Delegitimierung der UNWRA ist in erster Linie ein politisches Anliegen und geht auf Kosten des Wohlergehens und des Lebens palästinensischer Zivilisten. Die permanente Unterfinanzierung der

Hilfsorganisation führt heute zu gravierenden Einschränkungen bei den Leistungen für die über fünf Millionen Menschen.

Die Kampagne zur Delegitimierung der UNWRA ist in erster Linie ein politisches Anliegen und geht auf Kosten des Wohlergehens und des Lebens palästinensischer Zivilisten.

Kenneth Roth, Executive Direktor der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, formuliert es so: „Die UNWRA steht für palästinensische Flüchtlinge, und die israelische Regierung wünscht, dass die Flüchtlinge verschwinden. Israel will nicht, dass vom Recht auf Rückkehr geredet wird. Auch nicht von der Tatsache, dass so viele Personen 1948 gewaltsam vertrieben wurden, und dass es eine Verantwortung trägt für diese Menschen und ihre Nachfolger, denn ihre Heimat war in Israel und Palästina. Die UNWRA ist eine ständige Erinnerung an diese schmerzhafteste Vergangenheit Israels, eine Vergangenheit, die von Millionen Flüchtlingen heute verkörpert wird“.

Am Jom haAtzma'ut-Tag feiert Israel jedes Jahr die Ausrufung seines Staates als Wiedergeburt nach zweitausendjährigem Exil und Jahrhunderten langer Verfolgung. Doch die Ereignisse von 1947-48 haben über 60 Prozent des palästinensischen Volkes zu Flüchtlingen gemacht, die ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt wurden, ohne Aussicht auf nationale Selbstbestimmung, geschweige denn auf Entschädigung oder Rückkehr. Mit seiner Kampagne gegen die UNWRA und gegen „Nakba“-Gedenktage möchte Israel diese Katastrophe und das begangene Unrecht vergessen machen. Doch Erinnerungsarbeit ist eine Voraussetzung für Versöhnung. Auf dem so dringend notwendigen Weg zu einem gerechten Frieden für alle Menschen im Nahen Osten bleibt die Frage der Flüchtlinge von zentraler Bedeutung.

Frieden wird es nur dann geben, wenn Israel das begangene Unrecht und seine Verantwortung für die palästinensische Tragödie eingesteht, mit allem was dazu gehört. Der Staat Israel verdankt seine Existenz einem Votum der Vereinten Nationen und eine nachhaltige Friedenslösung kann nur im Rahmen der Beschlüsse der Völkergemeinschaft erfolgen. Bis dahin wird die UNWRA gebraucht. Ihre Existenz ist Garant für ein Minimum an Menschlichkeit gegenüber den Schwächsten und zugleich eine Mahnung zum Respekt des internationalen Rechtes.

** Der Autor ist Präsident des Comité pour une paix juste au Proche Orient.*

(1) „Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen“, Theodor Herzl, der allgemein als Begründer des Zionismus gilt, 1895; „Ich bin für eine Zwangsumsiedlung; darin sehe ich nichts Unmoralisches“, David Ben Gurion, erster israelischer Ministerpräsident, 1938; „Die einzige Lösung ist, die Araber von hier in Nachbarländer umzusiedeln“, Yossef Weitz, Leiter des Jüdischen Nationalfonds, 1940

(2) Der Schweizer Pierre Krähenbühl, Generalkommissar der UNWRA, hatte mit deutlichen Worten den blutigen Militäreinsatz gegen Gaza 2014 kritisiert. Dabei wurden sieben UNWRA-Schulen, in denen Bewohner Schutz suchten, beschossen, wobei 44 Menschen ihr Leben verloren - ein Kriegsverbrechen laut einer Untersuchung von Human Rights Watch. Nach Ende des Militäreinsatzes fehlten 136 Schüler in den UNWRA-Schulen. Pierre Krähenbühl sollte später Opfer einer Verleumdungskampagne werden, wie es ein Film des Schweizer Fernsehens RTS dokumentiert: „Israël-Palestine, un Suisse dans la tourmente“ <https://www.youtube.com/watch?v=T7WuNvLyKSM>.

Analyse und Meinung

Milliarden gegen den Frieden

Der Autor setzt sich kritisch mit dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, UNRWA, auseinander.

! Von Claude P. Muller *

[Share this with twitter](#)[Share this with facebook](#)[Share this with email](#)

25.06.2023

2021 unterzeichnete Luxemburg ein neues Finanzierungsabkommen mit der UNRWA (2022 bis 2024: 12,3 Millionen plus 3,4 Millionen für Sonderprogramme). Im Dezember 2022 hat die UN-Vollversammlung das Mandat der UNRWA, der UN-Flüchtlingsagentur (speziell) für palästinensische Flüchtlinge, ein weiteres Mal um drei Jahre verlängert. Vorige Woche kam UNRWA-Generalkommissar Lazzarini nach Luxemburg. Dabei ging es vor allem um mehr Geld vom ohnehin schon eifrigsten Spender. Grund genug, sich mit der UNRWA zu beschäftigen.

1950 hat die UN-Vollversammlung das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) gegründet, um weltweit Menschen auf der Flucht zu unterstützen und ihnen zu helfen, eine neue Heimat zu finden. Ein Jahr zuvor hatte die UN die UNRWA als temporäre Agentur für ein Jahr geschaffen, um (ausschließlich) Palästina-Flüchtlingen, die im Zeitraum vom 1. Juni 1946 und 15. Mai 1948 ihr Hab und Gut verloren hatten, vorübergehend zu versorgen.

1. Warten auf eine dauerhafte und gerechte Lösung

Die UNRWA besteht nach wie vor und für UNRWA-Flüchtlinge gelten völlig andere, großzügigere Regeln, als für die „normalen“ UNHCR-Flüchtlinge. Im Gegensatz zur UNHCR hat die UNRWA kein Mandat für „An-/Umsiedlung“ oder „Integration“. So bleiben alle UNRWA-Leistungsempfänger zeit ihres Lebens „Flüchtlinge“. Sie geben ihren Flüchtlingsstatus und ihre sogenannten „legitimen Rechte“ an ihre Kinder und Kindskinder und deren Nachkommen mittlerweile in der vierten und fünften Generation, ohne zeitliche Begrenzung weiter, angeblich bis erstens eine „gerechte und dauerhafte Lösung“ für sie gefunden wird. Sämtliche UNRWA-Leistungsempfänger haben zudem zweitens das „Recht auf Rückkehr“ nach Israel, wo sie nie gelebt haben.

Eine weitere Besonderheit ist, dass das temporäre Mandat seit 75 Jahren alle drei Jahre verlängert und regelmäßig auf immer neue Bevölkerungsgruppen erweitert wird. 2002 wurde die „Flüchtlings“-Definition durch flexiblere Kriterien ergänzt. 1967, 1982, 2006 kamen Personen hinzu, die durch neue Konflikte in der Region „displaced“ wurden. Auch sie und ihre Nachkommen, einschließlich adoptierter Kinder, erben den UNRWA-Empfängerstatus ohne Generationenbegrenzung. Zunächst gaben ihn nur Väter, ab 2006 auch die Mütter an ihre Nachkommen weiter.

Während die UNHCR durch Resettlement und Integration die Zahl ihrer Flüchtlinge senkt, sieht die UNRWA ihren Erfolg darin, immer mehr Leistungsempfänger zu rekrutieren. Von den ursprünglich 711.000 Flüchtlingen (laut UNO (1)) leben heute, 75 Jahre später, nur noch 15.000. Aber als Folge des vererbten Empfängerstatus und der Einbeziehung immer neuer Personenkreise, sind daraus 6,2 Millionen Palästina-„Flüchtlinge“ geworden. Zwischen 1990 und 2020 rekrutierte die UNRWA insgesamt 2,35 Millionen (2). In den sieben Jahrzehnten seit 1950 hat sich ihre Zahl versiebenfacht. Und wächst weiter - um eine Million jedes Jahrzehnt. Das System der Vererbung des attraktiven Status und die großzügigen Quereinsteiger-Regelungen gibt es für keine andere Flüchtlingsgruppe weltweit. Für das laufende Jahr musste Lazzarini die Forderungen wieder erhöhen, um 25 Prozent auf 1,6 Milliarden.

Anlässlich des neuen Rahmenabkommens besuchte eine luxemburgische Delegation UNRWA-Einrichtungen in Jordanien (3), wo die meisten der UNRWA-Leistungsempfänger leben: 2,334 Millionen Menschen. 93 Prozent von ihnen besitzen seit Jahrzehnten die jordanische Staatsbürgerschaft mit Zugang zu allen Bürgerrechten, Sozialleistungen und zum Arbeitsmarkt. Dennoch bleiben sie leistungsberechtigte UNRWA-„Flüchtlinge“. Nach UNHCR-Kriterien hätten

sie diesen Status schon vor Jahrzehnten verloren. Für die UNRWA gehören 50 Jahre jordanische Bürgerrechte nicht zu einer „dauerhaften und gerechten“ Lösung.

Das Schicksal von Bashar

Auch Bashar ist weiter Palästina-Flüchtling. Er lebt im Irbid Camp, kaum 50 Kilometer von der Heimat (Kinneret-Irbid) seiner Vorfahren entfernt. Als Junggeselle hat er im Oman gearbeitet. Nach zehn Jahren kam er mit seiner Omani Frau und seinen drei Kinder zurück ins Irbid-„Flüchtlingslager“ und alle waren (wieder) UNRWA-Leistungsempfänger. Als Saddam Hussein Kuwait überfiel, stellten sich Tausende in Kuwait lebende Palästinenser auf seine Seite. Nach der Befreiung durch die US-Armee wurden sie, viele mit kuwaitischem Pass, ausgewiesen und wurden in Jordanien wieder UNRWA-Leistungsempfänger.

Knapp 20 Prozent der jordanischen Leistungsempfänger wohnen in einem der zehn UNRWA-„refugee camps“. Luxemburgs Außenminister Asselborn und die Medien sprechen oft genüsslich von „Flüchtlingslagern“. Es handelt sich dabei mitnichten um „Lager“, sondern meist um ganz normale städtische Wohnviertel, die sie jederzeit und ohne Einschränkungen verlassen können, etwa, um wie Bashar, im Ausland zu arbeiten. Viele haben jahrelang in den Golfstaaten gearbeitet.

Die UNWRA, steht seit Jahren auch in der Kritik, weil sie in ihren Schulbüchern Hass gegen Juden und Israel, und die Verherrlichung von Dschihad, Märtyrertod und Terroristen verbreitet.

Die UNWRA steht seit Jahren auch in der Kritik, weil sie in ihren Schulbüchern Hass gegen Juden und Israel, und die Verherrlichung von Dschihad, Märtyrertod und Terroristen verbreitet. In einem Brief an die EU hat sich Jean Asselborn mit Gleichgesinnten aktiv dafür eingesetzt, dass trotz dieser Vorwürfe die EU-Millionen weiter an das UNRWA-Schulprogramm fließen (4).

Großzügiges Großherzogtum

Die UNRWA wird durch freiwillige Spenden vor allem vom Westen finanziert, alleine seit dem Jahr 2000 mit insgesamt 30 Milliarden Dollar. Luxemburg ist einer der großzügigsten Spender (5). Von 2002 bis 2017 unterstützte Luxemburg die „Agency“ mit insgesamt 65 Millionen, danach kamen bis 2021 weitere 26 Millionen dazu. 2021 erhöhte das Land seinen Beitrag noch einmal, auf knapp 8,8 Millionen, soviel wie kein anderer Steuerzahler weltweit. Weitere Millionen für Sonderprogramme kommen meist noch dazu („Luxemburger Wort“, 16. Juni 2023). 2021 waren die freiwilligen Zahlungen Luxemburgs höher, als die von 53 Mitgliedern der 57 Staaten der Organisation of Islamic Council (OIC) - zusammen. Nur der Türkei, Katar und Kuwait waren ihre palästinensischen Glaubensbrüder mehr wert als Luxemburg.

Luxemburg steht im „donor-ranking“ immer wieder vor den reichen Golfstaaten. Die arabisch-islamischen OIC-Staaten haben längst verstanden, dass die UNRWA und die rasant steigenden Zahlen von Palästina-„Flüchtlingen“ (mit dem „angeborenen“ Recht auf „Rückkehr“), ein enormer Störfaktor in der Region ist und letztlich jede Friedensperspektive zunichtemacht. Während die OIC-Staaten ihre Zahlungen reduzieren, erhöht Luxemburg regelmäßig seine Überweisungen. So zementiert Luxemburg mit Millionenbeträgen dieses Konfliktpotenzial.

Luxemburg vergibt auch drei Millionen Hilfsgelder nach Gaza. Dort ist die UNRWA (mit 12.488 Mitarbeitern, davon gerade mal 30 Expats) fest in der Hand der islamisch-terroristischen Hamas: Bei UNRWA-Personal-Wahlen erringt sie fast alle Sitze. UNRWA-Presse-Verlautbarungen, die der Hamas nicht passen, werden durch Rauschmiss sanktioniert (die UNWRA-Chefs Schmale und De Bold bezeichneten die israelischen Angriffe wahrheitsgemäß als „präzise“ und „sophisticated“; „zivile Opfer wären weitgehend vermieden worden“(6)). Die Hamas nutzt UNRWA-Schulen als „human shields“ für Waffen-Depots, für ihre Hass-Indoktrination und Rekrutierung von Zigtausenden von jugendlichen Märtyrern für den Kampf gegen Israel. Jean Asselborn sagt dazu („Luxemburger Wort“, 16. Juni 2023), „... dass die einzige Motivation der Jugendlichen in Gaza ist, gut in der Schule zu sein.“ Hamas-Kampfbrigaden von Minderjährigen in Gaza kommen in seiner

Welt nicht vor. Die luxemburgischen Millionen für Gaza legitimieren seit Jahren den Selbstzerstörungskurs und Terror gegen die eigene Bevölkerung, gegen Israel und Ägypten. Und sie setzen Gelder frei für Raketen auf Israel.

Das größte Hindernis

Für die Geldgeber ist die UNRWA ein Instrument, das Millionen Menschen mit Service-Leistungen dafür bezahlt, als „Flüchtlinge“ für politische Zwecke zur Verfügung zu stehen. Wer sich in Jordanien oder Libanon mit Palästinensern unterhält, erfährt schnell, dass nach 30 bis 40 Jahren im Land niemand mehr nach Israel möchte. Aber im Gegenzug für UNRWA-Leistungen und Privilegien bleibt man gerne „Flüchtling“. Kein Wunder, dass die UNRWA mit 30.000 palästinensischen Mitarbeitern die lautstärkste und kompromissloseste Verfechterin des „Rechts auf Rückkehr“ ist. So stellt die UNRWA, die jedes Jahr aktiv knapp Hunderttausend neue sogenannte „Flüchtlinge“ rekrutiert, das größte Hindernis für einen dauerhaften Frieden im israelisch-palästinensischen Konflikt dar. Immer mehr Millionen von Quereinsteiger- und Flüchtlingsnachkommen, die nie in Israel waren, aber mit angeborenem Rückkehrrecht ausgestattet sind, kommen einer Kampfansage an den jüdischen Staat gleich.

Ein Zusammenschluss beider UN-Organisationen würde der klammen UNHCR helfen und den Nahen Osten dem Frieden etwas näherbringen.

Für Jean Asselborn gibt es kaum eine bessere Möglichkeit - unter dem Deckmantel von humanitärer Hilfe für UNRWA-Leistungsempfänger, auch wenn sie nur auf dem Papier Flüchtlinge sind -, um am Existenzrecht Israels zu sägen und sich nebenbei noch die Stimmen des islamischen Blocks für seine Sitze im UN-Sicherheitsrat und der UN-Menschenrechtskommission zu erkaufen. Dabei würde das Geld dringend von der „normalen“ UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR gebraucht, für Flüchtlinge, die aktuell vertrieben werden und akut in Not sind. Tatsächlich steht für jeden UNHCR-Flüchtling nur ein Bruchteil dessen zur Verfügung, was einem UNRWA-Flüchtling Zeit seines Lebens zusteht. Ein Zusammenschluss beider UN-Organisationen würde der klammen UNHCR helfen und den Nahen Osten dem Frieden etwas näherbringen. Es könnte eine Exitstrategie sein. Aber in manchen besonders Israel-feindlichen Politikkreisen, drängt sich der Verdacht auf, dass UNRWA-„Flüchtlinge“ für jahrhundertealte Ressentiments instrumentalisiert werden, egal wo ihr Tun hinführt. In Luxemburg scheint es diese Kreise auch zu geben.

**Der Autor hat viel Zeit in den betroffenen Ländern verbracht und dabei auch einige UNRWA-Camps kennengelernt.*

(1)

<https://web.archive.org/web/20110822123836/http://unispal.un.org/unispal.nsf/b792301807650d6685256cef0073cb80/93037e3b939746de8525610200567883?OpenDocument>

(2) [Total Palestinian Refugees \(1950-Present\) \(jewishvirtuallibrary.org\)](http://jewishvirtuallibrary.org)

(3) [Franz Fayot en déplacement en Jordanie - gouvernement.lu // Le gouvernement luxembourgeois](http://gouvernement.lu/Le_gouvernement_luxembourgeois)

(4) [15 EU countries call on EU Commission to urgently disburse aid for Palestine \(aa.com.tr\)](http://aa.com.tr)

(5) [Donor Charts | UNRWA. https://www.unrwa.org/how-you-can-help/government-partners/funding-trends/donor-charts](https://www.unrwa.org/how-you-can-help/government-partners/funding-trends/donor-charts)

(6) [UNRWA-Chef in Gaza: Persona non grata für die Hamas - Audiatur-Online](http://audiatur-online.com)

Lesen Sie mehr zu diesem Thema

- ! [Warum Israel 75 Jahre nach der Gründung nicht zur Ruhe kommt](#)
- ! [Sorge vor Eskalation im Nahost-Konflikt wächst](#)
